

Schlussbetrachtung

Da die einzelnen Abschnitte dieses Buchs jeweils in sich zusammengefasst wurden, kann hier auf eine eingehendere inhaltliche Rekapitulation verzichtet werden. Es sei jedoch nochmals an jene übergreifenden Konzepte erinnert, welche die vier Teile zusammenhielten. Das erste dieser Konzepte bestand darin, dass – anstelle einer strikt chronologisch strukturierten politischen Geschichte – die galizischen Deputierten des österreichischen Abgeordnetenhauses als stets wiederkehrender Bezugspunkt der Analyse gewählt wurden. Dabei erwiesen sich im ersten Abschnitt die Vorgänge im Wiener Parlament als überaus wichtige Impulsgeber für die Konstituierung und politische Selbsteinordnung der Parteien. Unter den Voraussetzungen des Privilegien-Parlamentarismus und der Honoratiorenparteien ist die herausragende Rolle des Parlaments als Produzent politischer Inhalte der Normalfall. Dank der Tatsache, dass das Wiener Abgeordnetenhaus seit 1897 als Motor der Demokratisierung fungierte und sich den modernen Massenparteien öffnete, blieb es jedoch auch in Zeiten der Massenpolitik ein zentraler Bezugspunkt politischen Handelns. Als wichtigster institutioneller Schnittpunkt zwischen politischem Handeln der Abgeordneten in Wien und der basisbezogenen Politik im Land Galizien erschienen die periodisch wiederkehrenden Reichsratswahlen, denn hier wurden stets die lokal gegebenen gesellschaftlichen Realitäten und die Bedürfnisse der Bevölkerung mit den politischen Möglichkeiten der Verantwortlichen in Wien in Bezug gesetzt. Der Wille der politischen Akteure, sich eine starke Repräsentanz im Zentralparlament zu bereiten, schuf die Notwendigkeit, im Lande selbst rational durchorganisierte Organisationen aufzubauen, vielfach aber auch die Grenzen der Legalität zu überschreiten. Im dritten Abschnitt, der sich mit den Fraktionen der galizischen Deputierten im Abgeordnetenhaus auseinandersetzte, standen erneut „Wien“, hier das Agieren im Rahmen des Gesamtparlaments, und „Galizien“, die politische Szene im Kronland, nebeneinander. Über weite Strecken lieferte „Wien“ den Handlungsrahmen, „Galizien“ aber die Thematik, wurden doch fast alle gesamtstaatlichen Agenden auf die lokalen Verhältnisse bezogen. Der abschließende Teil zeigte schließlich das galizische Abgeordnetenkollektiv als ein äußerst komplexes Konglomerat, das nur durch seine Rolle als Funktionselite im politischen System zusammengehalten wurde.

Der zweite Grundgedanke dieser Studie war es, über die zeitgenössisch stark im Vordergrund stehende nationale Trennlinie hinweg gemeinsame Strukturen und wechselseitige Wirkungsmechanismen, ein „System Galizien“, sichtbar zu machen. Im Abschnitt über das Parteiwesen konnten diverse derartige übergreifende rechtliche und strukturelle Merkmale bei der Ausbildung und Fortentwicklung von Parteien wie auch politisch-ideologische Berührungspunkte zwischen den nationalen Lagern aufgezeigt werden. Zu nennen sind etwa Funktion und Gestalt der Presse, Probleme der Parteiorganisation im Übergang zur Massenpolitik sowie Formen der politischen Symbolik. Im Falle der Wahlorganisationen und Wahlprozesse (II) lag die Wechselwirkung infolge des Wettstreitens um Mandate in der Sache selbst. Außerdem erlaubte die Erörterung der „Galizischen Wahlen“ einen Blick auf ein toposbildendes galizisches Phänomen. Im Abschnitt zu Fraktionbildung und Fraktionspolitik wurde neben der Beschreibung der jeweiligen nationalen Lager ein Hauptaugenmerk auf parlamentarische Diskurse über Galizien gelegt und damit ebenfalls ein die Nationalitäten übergreifender Sachverhalt thematisiert. Der Galizien-Bezug war

darüber hinaus auch dadurch gegeben, dass sich die Fraktionspolitik des einen nationalen Lagers negativ aus derjenigen des innergalizischen Kontrahenten her ableitete und definierte. Der letzte Abschnitt schließlich hat gezeigt, dass wir es bei den polnischen und ruthenischen Parlamentarier-Kollektiven (die jüdischen bilden einen Spezialfall) mit Eliten zu tun haben, welche weitestgehend konträren Mustern folgten, sei dies bei Sozialisierung, Berufsbild oder politischer Rekrutierung. Dieser Befund entspricht der Tatsache, dass Polen und Ruthenen Nationalgesellschaften repräsentierten, welche jeweils dem konträren Typus „historisch“ bzw. „nicht-historisch“ zuzuordnen sind. Gerade in den jeweiligen Elitenstrukturen musste diese Gegensätzlichkeit besonders augenfällig werden. Es ist allerdings festzustellen, dass mit der Angleichung der Eliten hin zum modernen Politikertypus keinerlei politische Annäherung einherging. Letztlich bestimmt nicht das Biographische, sondern die trennende Ideologie das politische Verhältnis.

Im Folgenden sollen nun noch unter Rückbezug auf die eingangs erläuterten theoretischen Konzepte dieser Arbeit einige offene Fragen und mögliche fruchtbare Forschungsfelder erörtert werden. Geht man von den theoretischen Vorgaben des Elitenkonzepts aus, muss festgestellt werden, dass Parlamentsabgeordnete nur eine Teileinheit innerhalb der politischen und gesellschaftlichen Elite eines Territoriums darstellen. Von dem Verhältnis zwischen Abgeordneten und parlamentsexternen Eliten, also etwa Entscheidungsträgern und Autoritätspersonen in Hof und Verwaltung, in Kirche, Wirtschaft und Presse, war in der vorliegenden Studie wenig die Rede. Versteht man die Parlamentarier als Handlungselemente in einem erweiterten Netz kommunizierender Teileliten, so ergäben sich insbesondere auch interessante Möglichkeiten des Vergleichs zum heutigen politischen System. Auch hier wäre also die übergeordnete Fragestellung der Modernisierung heranzuziehen, wenn es etwa zu beurteilen gilt, ob die Parlamentarier eher als Bindeglieder zwischen diesen Teileliten fungierten oder im Sinne des modernen „Lobbyismus“ bereits eine Zielgruppe bestimmter „Pressure Groups“ darstellten. Da solche erweiterten Kommunikationsnetze zumeist auf inoffiziellen Kontakten aufbauten, müsste man sich methodisch auf einen besonders gut dokumentierbaren Fall konzentrieren. Unter Verwendung persönlicher Nachlässe wäre es dann möglich, die ganze Komplexität politischer Entscheidungsprozesse zwischen Lemberg, Krakau und Wien, auch etwa unter Einschluss kollektivpsychologischer und manch irrationaler Momente, exemplarisch zu analysieren.

Eine thematische Erweiterung kombiniert mit einer inhaltlichen Vertiefung bietet sich auch im Bereich der Kollektivbiographie an. Positionen von Macht und Einfluss gibt es bekanntlich auf allen Ebenen, von der politischen Zentrale bis hinunter zum Dorf. Um ein noch repräsentativeres Bild der politischen Elite, ihrer Struktur, ihrer Mobilitätsmuster und ihrer internen Verbindungen zu gewinnen, wäre es angezeigt, diese verschiedenen Ebenen mit ihren jeweiligen Machtpositionen zu einem komplexen Gebilde zu verknüpfen. Kollektivbiographisch besetzt, würde sich dann ein differenzierteres Bild der tatsächlichen Verhältnissen im Bereich Person und Herrschaft ergeben. Erinnerung sei hier nur an das Sample der ruthenischen Reichsratskandidaten, welche als Personengruppe teilweise schon ganz andere Züge aufwies als die Parlamentarier, also die tatsächlich Gewählten. Solche quantitativ fassbaren Differenzen zwischen den verschiedenen Teileliten machen strukturelle Unterschiede erkennbar, die dann allerdings zuweilen wiederum nur auf der Mikroebene, also in den Einzelbiographien, zu ergründen sind. In dieser Arbeit wurde die Einzelbiographie nur im Sinne des Belegs – in formaler Hinsicht als Fußnote – angeführt.

Wiederum unter Auswahl eines Ausschnitts, hier also einer spezifischen Personengruppe, ließe sich zweifellos noch wesentlich tiefer in die Frage nach dem Individuellen und Kollektiven in politischen Biographien eindringen.

Wenn sich diese Studie auf das Wiener Parlament konzentrierte, so hatte dies bekanntlich den Vorteil, dass die untersuchte Personengruppe klar abgegrenzt und hinsichtlich ihres politischen Wirkungsbereichs definiert war, während sich gleichzeitig Vergleichsmöglichkeiten mit den parlamentarischen Eliten anderer Nationalitäten anboten. Nun kann man allerdings vom Wiener Abgeordnetenhaus ausgehend auch alternative Vergleichswege beschreiten, und zwar in die Richtung der anderen repräsentativen Gremien. In erster Linie interessant erscheint das Verhältnis zwischen dem Zentralparlament (Abgeordnetenhaus) und dem Landtag, das hier verschiedentlich berührt wurde. Erinnerung sei an die unterschiedlichen Bedingungen der Fraktionsbildung in beiden Parlamenten, an die institutionelle Verknüpfung durch die polnische Zentralwahlorganisation, an die Konzeption des *Sejm* als polnisches (Ersatz-)Nationalparlament, an das Infragestellen gerade dieses Konzepts durch das Zurückbleiben des Landtags in der Wahlrechtentwicklung seit 1897, weiters an die unterschiedlichen Gestaltungsbedingungen politischen Handelns (etwa der Landtag als Probestübungsstätte der ruthenischen Obstruktion), dann aber auch an die kollektivbiographischen Muster, welche beide Parlamente tangierten. Es wäre lohnend, dieses Verhältnis in einem weiteren Rahmen systematisch zu untersuchen. Auch hier würde es sich anbieten, anhand bestimmter Sachthemen die Komplexität politischer Prozesse nicht nur auf der Ebene der Verfassungsnorm, welche das Verhältnis zwischen Landtag und Reichsrat definierte, zu betrachten, sondern die politische Praxis im Detail, etwa anhand eines bestimmten Sachthemas, zu verfolgen.

Ins Blickfeld sollten allerdings vermehrt auch die Repräsentativorgane auf Gemeinde- und Bezirksebene gerückt werden. Hier ist dies wiederum nur in Teilbereichen geschehen. Es wurden Beispiele angeführt, wie Kommunalpolitik der beiden großen Städte auf Parteibildungs- und Wahlprozesse einwirkten, wie politische Karrieren auf der Gemeindeebene aufbauten und wie Machtmissbrauch bei Wahlen vor allem hier betrieben wurde. Es wäre darüber hinaus jedoch angezeigt, die fundamentalen politischen Veränderungen seit dem späten 19. Jahrhundert einmal nicht nur auf der höchsten politischen Ebene zu betrachten, sondern anhand der Entwicklung einer Stadt oder eines einzigen Dorfes zu verfolgen. Die chronologischen Abläufe und die maßgeblichen Faktoren politischer Modernisierung im Dorf waren nicht prinzipiell verschieden von jener höchsten politisch-repräsentativen Ebene. Presse (also Kommunikationsmittel), Vereine (als institutionalisierte Personengeflechte), schließlich Wahl- und Parteiorganisationen drangen sukzessive in zuvor weitgehend statische Gemeinschaften ein. Stellte man diese Ebene der Dorfpolitik der Realität in den urbanen Zentren des Kronlands gegenüber, würde man allerdings nicht nur Parallelen, sondern auch anhaltende Diskrepanzen feststellen können. Während in den Metropolen Wahlen schon früh medial inszenierte Schaukämpfe zwischen programmatisch profilierten Kandidaten waren, kam es in der dörflichen Welt noch kurz vor dem Ersten Weltkrieg zu dem (hier erwähnten) Fall, dass eine Dorfgemeinschaft ostentativ und persistent den Kaiser als Deputierten wählte. Liefen Wahlen in der Stadt nach eingübten Regeln und öffentlicher Kontrolle ab, sah sich im Dorf der griechisch-katholische Priester dazu veranlasst, die Ankunft des Wahlkommisars durch Glockengeläut anzukündigen, um einer Überrumpelungsaktion entgegenzu-

wirken. Eine politische Geschichte als Geschichte politischer Kultur könnte gerade auf der lokalen Ebene viel Anschauungsmaterial beisteuern.

Die Situation in einer der galizischen „Metropolen“ oder gar in der Reichshauptstadt Wien im Vergleich zur Wirklichkeit in einem Dorf mit einigen Hundert Einwohnern – das sind gewissermaßen die Extreme, welche die Polarität politischer Wirklichkeit definieren. Zentrum und Peripherie, Stadt und Land finden sich aber auch kleinräumig, innerhalb einer Region oder eines Bezirks. Die staatlich-administrative Ordnung schuf hier die entscheidenden Vorbedingungen, indem sie Bezirkshauptorte als lokale Zentren der politischen und gerichtlichen Verwaltung festlegte. Als sich nun auf der Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und einer zunehmenden Mobilisierung der politischen Öffentlichkeit nicht-staatliche Organisationen – Selbstverwaltungskörper, Vereine, politische Parteien oder Filialen von Wahlorganisationen – etablierten und ausbreiteten, benützten sie das vorgegebene territoriale Schema, indem sie von den Bezirkshauptorten aus das Umland politisch bzw. (national-)kulturell zu bearbeiten versuchten. Damit verstärkte sich einerseits die soziale und funktionale Differenz zwischen lokalem Zentrum und ländlichem Umfeld, andererseits intensivierten sich aber auch – gefördert durch die zunehmende Mobilität – die Wechsel- und Austauschbeziehungen. „Politik im Bezirk“ wäre also neben Politik im Dorf ein weiterer Rahmen, der sich für eine Untersuchung anbieten würde.

Spricht man nun allerdings von Dichotomien auf der obersten Ebene galizischer Politik, so wäre in erster Linie an die fundamentale Zweiteilung des Kronlands zwischen dessen Ost- und Westteil zu denken. Wie in den Abschnitten I und II gesehen, stellte das Faktum der ethnisch-nationalen Spaltung Galiziens für das Voranschreiten politischer Integrationsprozesse ein schwerwiegendes Hindernis dar. Die Ruthenen waren trotz einiger Einsprengsel im Südwesten des Kronlands auf Ostgalizien beschränkt, das sie auch ideell (als das „eigentliche Galizien“) als ihr Eigenes erklärten. Demgegenüber strebten die polnischen Eliten danach, das ihnen zunächst von fremder Hand aufoktroyierte Kronland als ein Ganzes in das eigene historische Bild zu inkorporieren. Dieses ideelle Unterfangen stieß aber gerade dort an seine politischen Grenzen, wo moderne, auf Massenbasis begründete Organisationen übergreifende Strukturen aufbauen wollten. Es war kein Zufall, dass dies den ausschließlich urban-elitär orientierten Liberaldemokraten schließlich am besten gelang, denn ethno-strukturelle Gemeinsamkeiten über die innere Ost-West-Grenze Galiziens hinweg existierten tatsächlich nur in den Städten mit ihren polnisch-jüdischen Mehrheiten. Zu untersuchen wäre, wie sich abgesehen vom hier dargestellten politischen Auseinanderdriften (akzentuiert seit 1908 in der Gegnerschaft Statthalterblock gegen Antistatthalterblock) die Modernisierung im einzelnen auf das Verhältnis beider Landesteile zueinander auswirkte. Einerseits zeigte sich eine Tendenz der Konzentration politischer und kultureller Macht auf Krakau und Lemberg. Andererseits wirkte dieser selektiven Sogkraft die übergreifende Dynamik der wachsenden Kommunikationsdichte und -geschwindigkeit entgegen. Auch hier geht es also um Fragen der territorialen Vernetzung, die auf den verschiedensten Ebenen, nicht nur der politischen, untersucht werden müssten. Eine moderne politische Geschichte sollte tatsächlich viel mehr noch als dies hier möglich war als Kommunikationsgeschichte geschrieben werden.

Aufs Engste verbunden mit dieser innergalizischen Ost-West-Dichotomie ist also jener Konflikt zwischen polnischer und ruthenischer (ukrainischer) Nationalgesellschaft, der im

Verlauf des späteren 19. Jahrhunderts alle anderen Bereiche des politischen Lebens zunehmend in den Hintergrund drängte. In dieser Studie ging es, wie schon erwähnt, nicht zuletzt darum, auf verschiedenen Ebenen die dennoch existierenden Unschärfen der Grenzziehung sowie die vielfachen Musterbildungen und Wechselbeziehungen nachzuzeichnen, die auf der Tatsache beruhten, dass man in einem gemeinsamen – wiederum kommunikativ offenen – politisch-kulturellen Territorium lebte. Solche Mechanismen, welche die Abgeschlossenheit und Selbstbezogenheit nationaler Gesellschaften zu relativieren vermögen, gäbe es wohl noch viele zu entdecken. Andererseits ließ sich dennoch insbesondere an der Entwicklung des Parteiwesens die geläufige These bestätigen, dass das lange 19. Jahrhundert von einem stetig fortschreitenden Prozess der inneren Homogenisierung und äußeren Abgrenzung der Nationalgesellschaften begleitet war, die gerade wiederum unter den Voraussetzungen eines gemeinsam bewohnten und politisch verwalteten Territoriums zwangsläufig zu einem wachsenden manifesten Gegensatz zwischen jenen führen mussten. Es wäre freilich noch eingehender zu untersuchen, in welchem „logischen“ Zusammenhang die durchgreifende Nationalisierung einerseits und die Entwicklung der Politik der Massen andererseits standen. Fraglich bleibt auch, ob sich die Institutionalisierung der Politik durch Parteien, Wahlen und Parlamentarismus nun ausschließlich verstärkend oder nicht auch mildernd auf den nationalen Gegensatz in Galizien auswirkte. Sicherlich: Parteien auf Massengrundlage verfestigten Grenzen, Wahlen steigerten das Konfliktverhalten und das Parlament diente als Forum, den nationalen Gegner stets von Neuem verbal ins Visier zu nehmen. Dennoch schufen diese Institutionen auch wieder die Basis für Verhandlungen, für ein Aufeinanderzugehen, für partielle Kompromisse. Es ist ja doch unter diesem Gesichtspunkt auch kein Zufall, dass erst das Außerkraftsetzen der eingeübten Verhaltensnormen im Großen Krieg diese Fundamente endgültig zerstörte.